

Die Umweltpolitik braucht nicht immer höhere Ziele, sondern handlungsfähige staatliche und unternehmerische Akteure

# Politik im Niemandsland

Von Gerd Held

Es gibt Wahrheiten, die unwiderlegbar sind und von denen man dennoch auf keinen Fall Gebrauch machen darf. Zum Beispiel ist der Aussage, dass alle Menschen im Prinzip für ein Hochschulstudium begabt sind, kaum zu widersprechen. Und doch würde eine Bildungspolitik, die danach handeln würde, jedes Land ruinieren. Trotzdem spielen solche „unwirklichen Wahrheiten“ in der Politik ihre Rolle. Sie drängen sie immer wieder zu unvernünftigen Zielen und verhindern eine seriöse Bilanz der realen Wirkungen – exemplarisch kann man dies in der deutschen Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte studieren. Nun gibt es in unseren Tagen ein zweites Feld, in dem eine noch höhere, noch unbelehrbarere Wahrheit das Regiment übernommen hat. Die Umweltpolitik ist unter das Kommando einer einzigen physikalischen Größe geraten. Dass die Temperaturen auf der Erde steigen und dies mit dem gestiegenen, von Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre zusammenhängt, ist nicht zu widerlegen. Kann aber von dieser Größe das gesamte Handeln auf der Erde abgeleitet werden? Keine internationale Konferenz würde sich trauen, dem Wirtschaftswachstum oder der Entwicklung der Staatsfinanzen eine allgemeine Zielmarke vorzugeben, wie es mit dem „Zwei-Prozent-Ziel“ beim Weltklima geschieht. Dabei sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen untrennbar mit der Existenz von Milliarden Menschen verknüpft. Die Eingriffe in eine physikalische Größe bedeuten hier Eingriffe in die Solidität ganzer Volkswirtschaften und Staatsfinanzen. Hier beginnt die unerbittliche Wahrheit der Klima-Weisen fragwürdig zu werden. Was wäre gewonnen, wenn der Klimaanstieg begrenzt wäre

und das menschliche Wirtschaften und Leben würde bei dieser Rettung ruiniert?

Zur Veranschaulichung: Würde man versuchen, die Welt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu versorgen, würde das nach einer kürzlich veröffentlichten Berechnung 100 000 Milliarden US-Dollar kosten. Das entspräche dem 231fachen des deutschen Bundeshaushalts von 2009. Oder eine näher liegende Rechnung: In Deutschland gibt es 24 Millionen Wohnhäuser im Altbestand, deren Wärmedämmung noch aussteht. Dort wohnen mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung, die Umrüstkosten würden alle finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer, Mieter oder staatlichen Förderprogramme sprengen. Mit anderen Worten, den abstrakten Zielvorgaben der Klimapolitik stehen existenzielle Grenzen gegenüber. Die Ertragskraft der Wirtschaft und die Finanzquellen der öffentlichen Hand reichen nicht. Haushalte, Unternehmen und ganze Staaten wären dazu verurteilt, Jahr für Jahr von ihrer Substanz zu zehren. An dieser Stelle wird von den Klimawaisen noch eine Rechnung ins Feld geführt: Die Kosten einer Klimakatastrophe seien noch höher als die Kosten der Rettung. Von einem außerirdischen Beobachterposten kann man so rechnen. Aber auf Erden kann man sich für das Geld, das man gegenüber der totalen Katastrophe spart, nichts kaufen. Denn man ist auch so schon ruiniert.

Die Klimagipfel unserer Zeit beweisen nicht eine größere Bedeutung der Umwelt. Sie zeugen vielmehr von einer Veränderung des Politischen. Wie kann es kommen, dass das politische Führungspersonal dieser Welt sich auf ein solches Spiel um eine abstrakte Temperaturzahl einlässt?

Eigentlich bestimmt nicht diese Physik die Arbeitsweise internationaler Beziehungen, sondern die Ressourcen des Handelns der verschiedenen Volkswirtschaften und Staaten. Das Verfahren, von einem „Oberziel Welttemperatur“ das alltägliche Wirtschaften und Arbeiten in jedem Winkel der Welt ableiten zu wollen, zeugt davon, welche Macht in unseren Zeiten bestimmte höhere Wahrheiten erobern können. Diese Wahrheiten setzen sich über die Arbeitsteilung der wissenschaftlichen Disziplinen hinweg. Die Dramatik der großen Weltthemen fesselt die Aufmerksamkeit der Medien. Die Kommandohöhe der höheren Weisheit

lockt die politischen Akteure. Nicht nur die Regierungsvertreter, sondern auch die sogenannten „Basisvertreter“ sind inzwischen auf den Gipfeln unterwegs. Es ist ein langer Prozess, der die Umweltpolitik immer weiter von den selbstverantwortlichen Bürgerinitiativen und lokalen Unternehmungen entfernt hat. Sicher wird der Gipfel von Kopenhagen an diesem Wochenende seine Schlagzeilen machen, aber seine Formelbekenntnisse und die übliche Mahnung zur „Umsetzung“ werden im Grunde langweilen. Kopenhagen markiert eher ein Ende als einen Anfang: die Erschöpfung der handlungsfernen Wahrheiten.

*(Manuskript vom 3.12.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 4.12.2009)*